

19. November 2024
1 von 2

Vorlage Nr. 101.19.1318

Einrichtung eines städtischen Dialogforums Wirtschaft und Beschäftigung

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die alsbaldige Einrichtung eines Gesprächsforums für Wirtschaft und Beschäftigung aus, in dem künftig ein enger Austausch zwischen den Vertretungen der Kammern und Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und Betriebsräten sowie der Kommunalpolitik zu jeweils aktuellen Entwicklungen der regionalen Wirtschaft und Beschäftigungssituation stattfinden soll. Dieser Austausch soll in einem gesonderten städtischen Forum außerhalb der üblichen Ausschusssitzungen erfolgen, um einen möglichst breiten Raum für einen zielführenden Dialog zu schaffen. Weitere Teilnehmende können z.B. auch die Arbeitsagentur, die Jobcenter und die Wirtschaftsförderung sein.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, möglichst umgehend hierzu ein Konzept zu entwickeln, welches Vorschläge für ein geeignetes Veranstaltungsformat und die Veranstaltungsträgerschaft unterbreitet, und dies der Stadtverordnetenversammlung alsbald zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Der Magistrat sollte bei der Erarbeitung der Vorschläge Wirtschaft und Beschäftigtenvertretungen einbeziehen.

Begründung:

Die aktuelle krisenhafte Entwicklung erheblicher Teile der Wirtschaft, die inzwischen auch die heimische Wirtschaft der Stadt und Region Kassel erreicht hat, sowie die damit einhergehende bedrohliche Entwicklung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung, macht es dringend erforderlich, dass sich auch die Kommunalpolitik

noch stärker als bisher mit diesen Entwicklungen befasst und auseinandersetzt, um daraus, im Rahmen ihrer kommunalpolitischen Möglichkeiten, weitere und neue Impulse, Vorschläge und unterstützende Maßnahmen zu entwickeln, die diesem Prozess entgegenwirken können. 2 von 2

Dabei müsse auch die Auswirkungen des parallel verlaufenden industriellen Neustrukturierungsprozesses bedacht werden.

Dazu soll ein neues, regelmäßig stattfindendes Gesprächsforum Wirtschaft und Arbeit beitragen, in dem, neben den Kammern und Arbeitgeberverbänden, künftig auch Vertretungen der Gewerkschaften und Betriebsräte teilnehmen. Damit gäbe man neben der Wirtschaft künftig auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf kommunalpolitischer Ebene eine stärkere Plattform, um Ihnen Stimme und Gehör zu verschaffen. Angesichts der bedrohlichen Situation erscheint es einmal mehr dringend notwendig, neben den bereits beschlossenen Resolutionen, z.B. zu VW und SMA, den Beschäftigten und ihren Vertretungen zu signalisieren, dass sie auch von der heimischen Kommunalpolitik in Krisenzeiten nicht allein gelassen werden. So, wie dies auch gegenüber Industrie, Handel und Handwerk und dem öffentlichen Dienst selbstverständlich ist und bleiben muss. Selbstverständlich bleibt es den Fraktionen weiterhin unbenommen, bilaterale Gespräche mit Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft zu führen und Kontakte zu pflegen, gleichzeitig sollte es dadurch aber nicht einer übergreifenden Beteiligung und Befassung, bzw. einem offenen, transparenten und konstruktiven Dialog in städtischen Gremien bzw. einem solchen Gesprächsforum entzogen werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Wolfgang Decker

gez. Anke Bergmann
Fraktionsvorsitzende